

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbeabteilung entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 10 Mark. — Preis pro Abonnement 10 Mark. — Preis pro Abonnement 10 Mark.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldpfennige, aus württembergischen 25 Goldpfennige, aus anderen Gegenden 30 Goldpfennige, aus dem Ausland 40 Goldpfennige.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 236

Freitag, den 9. Oktober 1925

20. Jahrgang

Die dritte Sitzung der Konferenz in Locarno.

Garantie der stillen Schiedsverträge. — Besprechung Briand-Luther — Indiskretionen der italienischen Presse. — Das „deutsche Übergewicht“!

Locarno, 7. Oktober. Die heutige Nachmittags-Sitzung der Konferenz hat nur etwas mehr als eine halbe Stunde gedauert. Ueber ihren Verlauf wurde das folgende Communiqué ausgegeben:

In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde zunächst die allgemeine Aussprache wieder aufgenommen und alsdann der Bericht der Rechtsachverständigen über die ihnen im Verlaufe der ersten Sitzung übertragene Redaktionsarbeit entgegen genommen. Da neue Urträge gestellt wurden, ergab sich die Notwendigkeit einer erneuten Betrauung des Juristen-Ausschusses mit deren Studium. Es wurde daher ein ergänzender Bericht der Rechtsachverständigen angefordert, der in einer späteren Sitzung erstattet werden soll. Die nächste Zusammenkunft der Hauptdelegierten ist auf Donnerstag 2 Uhr nachmittags angesetzt.

Wie ich dazu erfahre, handelt es sich um einen Antrag Frankreichs zu der Frage der Garantie der stillen Schiedsverträge, deren Behandlung den Hauptinhalt der heutigen Sitzung der Konferenz ausmachte. Die französische Delegation die einstweilen auf dem Recht der Garantierung der stillen Schiedsverträge durch Frankreich allein beharrt, hat es durchgesetzt, das die Juristen nochmals beauftragt werden sollen, eine Formel zu suchen, die vielleicht auch für Deutschland annehmbar wäre und die demnach die Garantie Frankreichs in gewisser Weise aufrecht erhielt.

Im Laufe des heutigen Tages hat, nicht in Locarno, sondern ziemlich fern davon, am Ufer des Lago Maggiore, die erste direkte Aussprache zwischen dem französischen Außenminister Briand und dem deutschen Reichskanzler Dr. Luther stattgefunden.

Ueber die Unterredung des Reichskanzlers Dr. Luther mit dem französischen Außenminister Briand, die in dem kleinen Arcoria am Lago Maggiore stattgefunden hat, wissen die Berliner Blätter zu berichten, daß einmal die Differenzen über den Artikel 16 des Völkerbundesstatuts Gegenstand der Besprechungen gewesen sei. Dem Lokalanzeiger zufolge soll es nach dieser Unterredung den Anschein haben, als ob eine Formel gefunden werden könnte, die dem Artikel so interpretiert, daß die deutschen Bedenken etwas an Schärfe verlieren könnten. Weiter soll die Frage der französischen Garantie der stillen Schiedsverträge bei der Unterredung eine Rolle gespielt haben. Wie das Berliner Tageblatt zu melden weiß, soll angeblich Briand die von Frankreich ursprünglich verlangte einseitige Garantieleistung für die Verträge fallen gelassen haben. Er soll sich damit einverstanden erklärt haben, daß Frankreich außerhalb der stillen Schiedsverträge eine Erklärung zur Sicherheit Polens abgeben werde. Den Juristen sei die Aufgabe zugewiesen worden, diese Erklärung zu formulieren. Wie sämtliche Blätter betonen, soll sich Briand zu französischen Journalisten außerordentlich befriedigend über die Besprechungen mit dem Reichskanzler geäußert haben.

Rom, 7. Oktober. „Epoca“ will aus Locarno über den in London von den Juristen vereinbarten Geheimtext des Rheinvertrages einiges erfahren haben, der aus elf Artikeln

und einem Vorwort bestehe. Zwei Artikel, nämlich der erste und sechste, seien die wichtigsten und betreffen die Beziehungen Deutschlands zu anderen Mächten. Artikel 11 bestimme, daß der Pakt nur bei Eintreten Deutschlands in den Völkerbund Geltung habe, sage aber nicht, wie und in welcher Form die Teilnahme Deutschlands erfolgen solle. Der sechste Artikel erkläre, das der Pakt den Mächten ihre durch den Verfallener Vertrag erworbenen Rechte nicht nehme, ebensowenig jene Rechte, die sie etwa als Verbündete und Garanten anderer Mächte erworben hätten. Mit diesem Artikel wolle Frankreich seitens Deutschland seine Ostbündnisse mit der Tschechoslowakei und Polen anerkennen lassen und Deutschland zwingen, Frankreich als Garanten der Schiedsverträge anzuerkennen, welche Deutschland mit der Tschechoslowakei und Polen abschließen werde.

Locarno, 7. Oktober. Die Konferenz hat eine stürmisch erregte Nacht durchlebt. Die schwere Indiskretion durch vorzeitige Veröffentlichung des Entwurfs zum Sicherheitspakt stellt einen neuen Vertrauensbruch ärgster Art dar, der die Verhandlungen empfindlich stört. Die Veröffentlichung ist in mehreren italienischen Blättern erfolgt. Von Italien aus ist sie bereits in alle Welt telegraphiert worden. Das ist aber nicht die einzige Indiskretion der italienischen Presse gewesen. Der in Bologna erscheinende „Resto de Carino“ hat gestern nacht einen fünf Seiten langen,

fast protokollmäßig getreuen Bericht

über die erste Sitzung am Montag gebracht, während die gesamte Weltpresse nur ein inhaltsloses Communiqué erhalten hat.

Dieses Protokoll kann offenbar nur von einem Zuhörer bei den Verhandlungen geliefert worden sein. Als Briand spät nachts die Nachricht von der Indiskretion erhielt, soll er im ersten Jörn ausgerufen haben: „Sie haben das absichtlich getan!“ Danach scheint er einen Sabotageakt gegen die Konferenz zu vermuten.

Der Herausgeber der Wochenzeitschrift „Aux Sources“, Paul Levy, hat in Locarno

die deutsche Gefahr

entdeckt und schreibt dem „clair“, weil er die drei Tage bis zum Erscheinen seines eigenen Blattes nicht mehr abwarten will: „Wir sind hier nicht in der Schweiz, sondern in Deutschland. Es gibt bloß Deutsche hier, es wird nur für die Deutschen gefordert. Im Haus der Presse hört man bloß Deutsch sprechen. Sogar in den Hotels, die für die Alliierten reserviert sind, wissen die deutschen Journalisten es so einzurichten, daß sie immer in der Mehrheit sind. Es gibt hier gegen 200 deutsche Pressevertreter gegen ungefähr 30 französische Journalisten! Und alle diese Deutschen arbeiten methodisch und in vollkommener Einigkeit mit den Ministern Luther und Stresemann zusammen, während Briand unsichtbar ist und sich darauf beschränkt, bei den Empfängen den Geistreichen zu spielen. Die Deutschen machen gar kein Geheim daraus, daß sie darauf rechnen, die meisten ihrer Forderungen durchzusetzen. Ihr Plan geht ganz einfach darauf aus, den Vertrag von Versailles zu zerstören. Briand muß rasch und energisch dafür sorgen, daß die Linie unseres Programms eingehalten wird, wenn die Deutschen nicht die Oberhand gewinnen sollen.“

Die Interparlamentarische Union zur Frage der entmilitarisierten Zone.

Washington, 7. Oktober. In der heutigen Sitzung der Konferenz der Interparlamentarischen Union sprachen Fritzsche und Sollmann über die Frage der entmilitarisierten Zonen und äußerten sich gegen die Schaffung ständiger Kontrollkommissionen. General Spears erwiderte bereits gestern seinen Bericht in dem Sinne, das die entmilitarisierten Zonen beiderseitig sein müssen und daß die Schaffung dauernder Kontrollkommissionen nicht erforderlich sei. Auch Sollmann betont das Fernbleiben der Franzosen und der Belgier von den Verhandlungen in Luxemburg und erklärt, Deutschland sei nach wie vor bereit, mit seinen westlichen Nachbarn über die beiderseitig entmilitarisierten Zonen zu verhandeln. Die deutsche Delegation ließ heute nachmittags in Mount Vernon durch Pöbe einen Kranz am Grabe Washingtons niederlegen.

Eine neue Verhaftung in der Rememorabüro. Wie die Blätter melden, ist der ehemalige Leutnant Wenn aus dem Regiment des verhafteten Freiherren von Senden gestern ins Moabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Der einem Rememorandum zum Opfer gefallene Pantler war Angehöriger des Stoßtrupps Wenn und es wird angenommen, daß Wenn, wenn auch nicht Kämpfer, so doch Mitarbeiter des Verbrechens gewesen ist.

Die Ruhe in Syrien wieder hergestellt?

Paris, 7. Oktober. Havas berichtet aus Beirut: In ganz Syrien scheint die Ruhe vollkommen wiederhergestellt zu sein. Doch werden die Beduinensämme, bei denen sich noch eine leichte Agitation bemerkbar macht, scharf überwacht.

Zusammenstöße in Wien. Die kommunistische Partei Österreichs hatte durch Flugblätter und durch Aufrufe in der „Roten Fahne“ ihre Parteimitglieder aufgefordert, um sechs Uhr abends auf dem Franz-Josefs-Bahnhofe sich einzufinden, angeblich um eine aus Rußland erwartete Delegation zu begrüßen. Es fanden sich einige hundert Kommunisten ein. Sie versuchten eine Demonstration zu veranstalten und wurden von der Sicherheitspolizei aus dem Bahnhofgebäude gewiesen. Vor dem Bahnhof kam es dann zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei, wobei zwei Sicherheitswachleute und ein Demonstrant verletzt wurden. Insgesamt wurden 17 Personen verhaftet.

Attentat auf einen französischen Munitionsdampfer. Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß der mit einer Munitionsladung nach Maccocks bestimmte Dampfer Saint Brieux in die Luft geschoßen sei. Der Dampfer lag auf der Reede von Doubeur. Angeblich soll es sich um einen kommunistischen Anschlag handeln. Die Zahl der Toten und Verwundeten steht noch nicht fest. Es wird angenommen, daß etwa 40 Mann der Besatzung getötet oder verletzt worden sind.

Um Artikel 16 und Frankreichs Ostpaktgarantie.

Locarno, 7. Oktober. In der heutigen Besprechung sind die Delegationen endlich auf die springenden Punkte gekommen, von denen aus allein die Sicherheitsfrage gelöst werden kann, und deren Festlegung zwar nicht die einzige, aber um so größere Schwierigkeit bietet.

Diese beiden Punkte sind der Artikel 16 des Völkerbundesstatutes und die französische Garantie für das stillen Schiedsgericht. Daß diese Punkte erst heute zur Sprache kommen, liegt im wesentlichen daran, daß diese Konferenz umgekehrt, als es sonst bei Verhandlungen der Fall zu sein pflegt, die Spezialdebatte an den Anfang ihrer Beratungen gestellt hatte und jetzt erst, nachdem die Fragen zweiter Ordnung vor allem durch die Juristen erledigt worden sind, die Generaldebatte eröffnet.

Generaldebatte heißt hier allerdings soviel wie politische Debatte und daraus ergibt sich ja an und für sich schon, daß nunmehr die lebenswichtigen Fragen an die Reihe kommen. Bei Fühlungnahme mit den verschiedenen Delegationen hat man den Eindruck, daß merkwürdigerweise der Artikel 16 der Satzungen des Völkerbundes, der zuerst, vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, ein unüberwindliches Hindernis zu sein schien, durch die Beratungen, die inzwischen stattgefunden haben, erheblich an Schärfe verloren hat.

Der Artikel 16 der Völkerbundsatzungen ist natürlich zunächst von den Juristen beraten worden, weil eine Reihe von Abänderungsanträgen vorlagen, die die Völkerbundsatzungen tangierten. In diesen Juristenberatungen hat sich gezeigt, wie notwendig es wäre, daß sich auch über andere politische Streitfragen die Staatsmänner der verschiedenen Länder von Zeit zu Zeit einmal persönlich aussprechen, anstatt sich fern von einander in ihre eigenen Gehirngänge zu verspinnen. Während man nämlich in Deutschland der Auffassung war, daß den Alliierten gerade der Artikel 16 als ein Meisterwerk juristischer Konstruktion erschien, das, schon weil es dem politischen Schönheitsideal der Entente entspricht, unter keinen Umständen abgeändert werden dürfe, hat sich bei den Beratungen der Juristen herausgestellt, daß eigentlich alle auf der anderen Seite Beteiligten die Fehler des Artikels 16, namentlich seine verschiedene Auslegbarkeit, durchaus klar erkennen. Ja, es hat sogar den Anschein, als ob mindestens einzelne der Unterzeichner des Vertrages von Versailles der Meinung sind, ebenso wie ein nicht unbedeutender Teil der Kommentatoren der Völkerbundsatzungen (Dr. Wehberg in der „Völkischen Zeitung“), daß der Artikel 16 der Völkerbundsatzungen nur sehr schwer zu einer wirklichen praktischen Auswirkung geführt werden könnte, und daß jedenfalls seine moralische Bedeutung erheblich größer sei, als seine juristische Fassung. Es wird sich hier also schon ein Weg finden lassen.

Daß im Zusammenhange mit dem Westpakt übrigens über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gewissermaßen schon in der Generaldebatte diskutiert wird, kann niemanden wundernehmen, denn der Völkerbund gehört nun einmal selbstverständlich zum Westpakt. Etwas überraschender ist es, daß auch in der Generaldebatte über den Westpakt bereits von den Ostverträgen gesprochen werden soll. Natürlich nicht etwa von den Einzelheiten. Sie gehören auf die spätere Konferenztagung, bei denen die Außenminister Polens und der Tschechoslowakei zugegen sein werden. Ob man nun formell diese Beratung mit Polen und der Tschechoslowakei als eine zweite Konferenz bezeichnet oder nur als zweite Etappe der ersten und einzigen Konferenz, tut nichts zur Sache. Die allgemeine politische Bedeutung der Ostverträge muß aber ganz normalerweise zwischen den Außenministern Englands, Frankreichs und Deutschlands, insbesondere aber zwischen den Delegationen von Frankreich und Deutschland beraten werden, weil gerade durch die „Garantie“ die Paktverhandlungen im allgemeinen und auch die späteren Beziehungen Frankreichs zu Deutschland beeinflusst werden.

Es gibt aber auch eine formelle Handhabe, so zu procedieren. Denn in dem von den alliierten Regierungen vorgelegten Entwurf zu einem Westpakt befindet sich ein Paragraph, der auf die Stellung Frankreichs innerhalb des Rahmens der stillen Schiedsverträge hinweist. Dieser Paragraph ist zwar von den Juristen nicht ernstlich beraten worden, weil sie zunächst geglaubt haben, daß diese doch im Grunde politische Frage nicht vor ihren Tisch gehört. Aber die Tatsache, daß dieser Paragraph eingefügt war, hat genügt, um innerhalb der jetzigen Beratungen der Konferenz bereits die Debatte darüber zuzulassen und fortzuführen.

Es scheint sehr schwer, gerade in dieser Frage der Formulierung zu finden, die für Deutschland und Frankreich gleichermäßen tragbar ist. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Schwierigkeiten vielleicht schon früher überwunden werden, als man bisher angenommen hat. Die Verhandlungen und Besprechungen, die in den letzten Tagen stattfanden, haben doch Ergebnisse gezeitigt, die nach einer bestimmten Richtung drängen.

Vielleicht wird auch diese anscheinend so vollkommen politische Frage durch die Juristen erst sterilisiert werden